

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt V sowie Zusatzpunkt 2 auf:

V Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014–2020 – Ein strategischer Rahmen für nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik mit europäischem Mehrwert

(B)

– Drucksache 17/7767 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Auswärtiger Ausschuss
Innenausschuss
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

ZP 2 Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

Für einen progressiven europäischen Haushalt – Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014–2020

– Drucksache 17/7808 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

(C)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegen Joachim Spatz für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Joachim Spatz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben hier ein Stück weit eine Neuerung; man könnte auch sagen: eine historische Neuerung. Erstmals wird ein Mehrjähriger Finanzrahmen nicht so verhandelt, dass wir ein Ergebnis, das die Regierungen ausgehandelt haben, nur mehr oder weniger kritisch begleiten dürfen, sondern wir als Deutscher Bundestag können, unsere Beteiligungsrechte nutzend, in der Verhandlungsphase unsere Wünsche und Forderungen äußern und der Regierung unseren Rahmen vorgeben.

(D)

Auch die SPD hat einen Antrag eingebracht. Mich wundert aber Folgendes: Der Kollege Sarrazin fordert immer ein, dass der Bundestag die Rechte, die er hat, auch wahrnimmt. Jetzt fehlt ausgerechnet von den Grünen – wer bei euch auf der Bremse steht, weiß ich nicht – ein entsprechender Antrag. Das ist bedauerlich.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Europa hat Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Wir sind der Meinung, dass dabei der gültige Rahmen von 1 Prozent des BNE auch in Zukunft eingehalten werden muss. Das wird zur Folge haben, dass einige Politikfelder neu bewertet werden müssen. Das betrifft die Landwirtschaft, die Kohäsionspolitik und Binnenfragen, Fragen, die die europäische Verwaltung betreffen, zum Beispiel das Beamtenstatut. Das machen wir, um notwendige Zukunftsinvestitionen in Forschung und Technologie sowie in die Entwicklung transnationaler Netze in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikations- und Informationstechnologien zu ermöglichen. Alle diese neuen Schwerpunkte müssen einen klaren europäischen Mehrwert kreieren. Wenn das der Fall ist, können zusätzliche Mittel dafür bereitgestellt werden, wobei der vorgegebene Rahmen insgesamt eingehalten werden muss.

Joachim Spatz

(A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir lehnen die Forderungen nach Euro-Bonds ab. Auch in unserem Antrag gibt es ein klares Nein zu dieser falschen Zielrichtung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nichts verstanden! – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Wir sprechen uns noch einmal!)

Ich kann nur bekräftigen, was die Kanzlerin in Richtung von Herrn Barroso deutlich gemacht hat: dass endlich Schluss sein muss mit der Forderung nach einem Finanzierungsinstrument, das für uns, aber auch für andere Länder Europas schlicht und ergreifend nicht infrage kommt.

Genauso wenden wir uns gegen die Einführung einer europäischen Steuer, egal ob sie direkt oder indirekt erhoben wird. Wir sind positiv überrascht, dass auch die SPD in ihrem Antrag schreibt, dass dafür rechtliche und politische Hürden gesetzt seien und das zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht funktioniere. Man hört zwar bei dieser Formulierung das Bedauern heraus – deshalb ist es schon besser, man setzt in diesem Punkt auf die Koalition –, aber für diesen Mehrjährigen Finanzrahmen, über den schon im Laufe des nächsten Jahres ganz wesentlich und im übernächsten Jahr endgültig verhandelt wird, ist es ein positives Zeichen, dass sich die SPD auch hier ein Stück weit bewegt hat.

(B) Zum Schluss noch ein Wort zur Finanztransaktionssteuer. Da gibt es die abwegige Überlegung, die Einnahmen aus dieser Steuer in den europäischen Haushalt einzuspeisen. Ich sehe schon unsere Kollegen nach London fahren und sagen: Leute, die Steuer, die ihr sowieso nicht wollt, dürft ihr gleich in Brüssel abliefern, und ihr dürft sie nicht in euren nationalen Haushalt überführen. – Wer glaubt, dass das realistisch ist,

(Jörg van Essen [FDP]: Dem ist nicht zu helfen!)

den kann ich nur bewundern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ich denke, dass eine europaweite und nicht nur eine Euro-Zonen-weite Einführung angestrebt werden soll. Die Einnahmen sollen aber in die nationalen Haushalte fließen, aus denen dann der jeweilige Anteil am Haushalt der Europäischen Union finanziert wird.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Michael Roth für die SPD-Fraktion.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Spatz, irgendetwas haben wir falsch ge-

macht. Sie warten sehnsüchtig auf die Anträge der Grünen, Sie loben unseren Antrag, aber Sie schweigen über Ihren Koalitionspartner. Da schwant mir Schlimmes. Aber ich nehme es mit Gelassenheit; denn das, was wir derzeit beim Mehrjährigen Finanzrahmen erleben, überrascht uns nicht. Auch hier ist die Koalition zerstritten.

(Joachim Spatz [FDP]: Das ist ein gemeinsamer Antrag!)

Eine klare, einheitliche Position auf diesem wichtigen europapolitischen Feld – Fehlanzeige.

(Joachim Spatz [FDP]: Sieben Seiten gemeinsamer Antrag!)

Das, was Sie derzeit betreiben, Herr Kollege Spatz, ähnelt schon sehr der Quadratur des Kreises. In den Sonntagsreden fordern Sie Sparen, strikte Ausgabendisziplin und die Begrenzung des Haushalts der Europäischen Union auf maximal 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Wenn es aber ans Eingemachte geht, wenn es konkret um Sparen und Haushaltsumschichtungen geht, bremsen und blockieren Sie. Das passt nicht ganz zusammen.

Sie sind kategorisch gegen alles. Sie sagen Nein zu höheren Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten. Sie sagen Nein zur Reform der Eigenmittel. Sie sagen Nein zu Kürzungen und Umschichtungen in wesentlichen Feldern des Haushalts, und Sie sagen Nein zu weitreichenden Reformschritten in der Agrar- und der Kohäsionspolitik.

(Joachim Spatz [FDP]: Haben Sie unsere Anträge gelesen, Herr Kollege?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das passt nicht zusammen. Damit tragen Sie zur Unglaubwürdigkeit Ihres eigenen europapolitischen Handelns bei.

(Beifall bei der SPD – Joachim Spatz [FDP]: Spärlicher Applaus!)

Wenn wir über den Mehrjährigen Finanzrahmen reden, der auf sieben Jahre angelegt ist, nämlich von 2014 bis 2020, dann kommen wir um die Agrar- und Kohäsionspolitik nicht herum. Das sind insgesamt 70 Prozent der Ausgaben. Mich überrascht schon, mit welcher Kaltblütigkeit sich Frau Agrarministerin Aigner an die Spitze der deutschen Agrarindustrie stellt. Denn alles, was bislang an weitreichenden Reformvorschlägen auf den Tisch gekommen ist, wird von Schwarz-Gelb und der eigenen Agrarministerin kategorisch vom Tisch gefegt.

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eingesammelt! So ist es!)

Das ist mit uns nicht zu machen.

Aus unserer Sicht ist niemandem in der Europäischen Union mehr zu erklären, warum die Direktzahlungen in der Agrarpolitik so unterschiedlich und so ungerecht erfolgen, wie das derzeit der Fall ist. Wir haben auf der einen Seite die Niederländer, die 458 Euro pro Hektar erhalten. Wir haben auf der anderen Seite die Letten, die gerade einmal 69 Euro pro Hektar an Direktzahlungen

Michael Roth (Heringen)

- (A) erhalten. Das hat mit europäischer Solidarität und Gerechtigkeit nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie machen Politik nach dem Motto: Wasch‘ mich, aber mach‘ mich nicht nass. Und das geht nicht. Gerade einmal 3 Milliarden Euro sollen im Bereich der Agrarsubventionen umgeschichtet werden.

(Joachim Spatz [FDP]: Quatsch!)

Sie kämpfen für die deutschen Landwirte – das ist völlig in Ordnung –, aber gleichzeitig sagen Sie, ohne Einsparungen funktioniere das nicht. Aber wie wollen Sie denn den mittel- und osteuropäischen Landwirten erklären, dass die Bauern in den überwiegend westeuropäischen Ländern weiterhin viel mehr Geld erhalten als zum Beispiel der Bauer in Polen oder Lettland?

Die Kohäsionspolitik steht gerade in diesen Krisenzeiten unter einem ganz besonderen Fokus. Die Kohäsionspolitik bleibt für uns wichtig; denn sie ist ein zentrales Instrument, um insbesondere die Zukunftsinvestitionen in Beschäftigung und Nachhaltigkeit finanziell entsprechend auszustatten. Sie ist gerade auch in einer Zeit wichtig, in der die notleidenden Staaten zu weitreichenden Sparanstrengungen gezwungen sind. Aber Einsparungen ohne Wachstum und Investitionen in Beschäftigung sind nicht zukunftsfähig. Insofern erwarten wir von der Europäischen Union und der Bundesregierung auch hier eine entsprechende engagierte Unterstützung, damit die Kohäsionspolitik ein wichtiger Schlüssel europäischer Strukturpolitik bleibt.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Wir könnten uns hier durchaus eine Zusammenführung von zwei Instrumenten vorstellen, nämlich auf der einen Seite des Strukturfonds und auf der anderen Seite des Kohäsionsfonds.

Die neue Prioritätensetzung muss die eigentlich zentrale Botschaft für die Haushaltsentwicklung der Europäischen Union ab 2014 sein.

Wir haben neue Zuständigkeiten gewonnen, auch durch den Lissabon-Vertrag. Aber diese neuen Zuständigkeiten müssen sich auch im Haushalt widerspiegeln: bei Energie, Klimawandel, Innovation, aber vor allem auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Ich bin mir nicht sicher, ob das, was seitens der Kommission derzeit an finanziellen Zuwächsen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik vorgesehen ist, ausreicht, um der gewachsenen Erwartungserhaltung gegenüber der Europäischen Union in der Außen- und Sicherheitspolitik angemessen Rechnung zu tragen.

Wir unterstützen ebenso, dass man die inhaltliche Ausrichtung der Finanz- und Haushaltspolitik der Europäischen Union stärker mit den Strategien in Übereinstimmung zu bringen versucht. Da ist die Strategie „Europa 2020“ von ganz zentraler Bedeutung. Hier muss ein klarer Beitrag für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung geleistet werden.

- Ein großer Skandal in der Europäischen Union ist, dass es uns nicht gelingt, die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten erfolgreich zu bekämpfen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von annähernd 50 Prozent in Spanien und über 40 Prozent in Griechenland dürfen wir uns nicht wundern, wenn die betroffenen jungen Menschen ihre Hoffnungen auf ein solidarisches, zukunftsgerichtetes Europa aufgeben. Im Haushalt der Europäischen Union muss sich widerspiegeln, dass nicht allein die Mitgliedstaaten, sondern auch die Europäische Union etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit der jungen Generation tut. Hierzu erwarten wir klare Beiträge.

(Beifall bei der SPD)

In einem Punkt sind wir mit den Vorschlägen der EU-Kommission nicht einverstanden. Es kann nicht angehen, dass man versucht, über Schattenhaushalte das, wofür man keine Mittel in den regulären Haushalt einstellen kann, zu finanzieren. Es gibt inzwischen einen Europäischen Entwicklungsfonds, einen Nothilfefonds, einen Globalisierungsfonds, einen Solidaritätsfonds und Reserven für die Bewältigung von Krisen im Agrarsektor. Insgesamt handelt es sich um ein Budget von knapp 60 Milliarden Euro. Das alles muss aus unserer Sicht – wenn man sich denn ehrlich machen will – in den regulären Haushalt überführt werden. Das ist für uns aus zweierlei Gründen wichtig: Zum einen leistet das einen Beitrag für mehr Transparenz. Zum anderen sorgt das für die notwendige demokratische Legitimation; denn nur über den regulären Haushalt ist gesichert, dass das Europäische Parlament seine gewachsenen Rechte im Bereich des Haushaltsverfahrens wahrnehmen kann. Für uns ist mehr Geld für die Europäische Union nur akzeptabel, wenn das Europäische Parlament angemessen beteiligt wird, wie es der Vertrag von Lissabon vorsieht. (D)

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Spatz, Sie haben den Britenrabatt angesprochen. Hier sollten wir der Wahrheit ins Auge blicken: Diesen Rabatt haben diejenigen zu verantworten, die das vor vielen Jahren ausgehandelt haben. Wie Sie wissen, handelt es sich um einen Eigenmittelbeschluss, der der Einstimmigkeit unterliegt. Das heißt, eine Abschaffung oder eine Abmilderung des Britenrabatts ist ohne die Zustimmung der Briten gar nicht realisierbar. Das können wir zwar fordern. Aber ich gehe nicht davon aus, dass sich die Briten hier bewegen werden.

Der Mehrjährige Finanzrahmen ist – das ist ein großer Schritt nach vorne und eine wesentliche Errungenschaft des Vertrags von Lissabon – nicht mehr allein Angelegenheit der nationalen Regierungen. Vielmehr spielt auch hier das Europäische Parlament eine zentrale Rolle. Ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments kann der Mehrjährige Finanzrahmen nicht in Kraft treten. Wir hoffen seitens der SPD-Fraktion, dass diese größere demokratische Legitimation zu besseren Ergebnissen führt. Dabei sind wir uns allerdings noch nicht ganz sicher.

Ich will über einen anderen Punkt offen sprechen, bei dem die Fraktionen weit auseinanderliegen; das ist auch

Michael Roth (Heringen)

- (A) in Ihrem Redebeitrag, Herr Spatz, deutlich geworden. Wenn wir uns vor Augen halten, dass der Mehrjährige Finanzrahmen bis 2020 Gültigkeit besitzt, fände ich es verantwortungslos, wenn wir uns einer grundlegenden Reform des Eigenmittelregimes verweigern würden. Ich glaube, dass wir das derzeitige Eigenmittelregime nicht werden durchhalten können. Es ist nicht zukunftsfähig und führt zu Ungerechtigkeiten. Ich hoffe, dass es hier noch Bewegung gibt.

Sie werden uns weiterhin an Ihrer Seite haben, wenn es um die Einführung einer Finanztransaktionsteuer geht. Wir kämpfen selbstverständlich für eine Finanztransaktionsteuer. Uns als SPD-Fraktion ist aber genauso klar: Wenn wir eine solche Steuer nicht EU-weit einführen können, dann müssen wir sie in der Euro-Zone nicht durchsetzen. Wenn das auch in der Euro-Zone nicht durchgesetzt werden kann, dann müssen eben Deutschland, Frankreich, die Beneluxstaaten, Österreich und andere Staaten voranschreiten; denn es müssen endlich auch die Verursacher der Krise an der Finanzierung der Bewältigung der Krise beteiligt werden. Das geht nur mit einer Finanztransaktionsteuer.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Probleme der derzeitigen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen liegen – Sie haben völlig recht, dass im Jahr 2012 nicht über alles entschieden wird; ich befürchte, dass es erst Ende 2013 ans Eingemachte geht – nicht alleine in Brüssel, sondern auch hier in Berlin. Wer sonntags mehr Europa einfordert, aber dann von montags bis freitags einfordert, dass weniger Geld nach Brüssel gezahlt werden soll, macht sich unglaubwürdig.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer Kürzungen fordert, aber gleichzeitig die Koalition der Sparunwilligen in Brüssel anführt, der trägt nicht dazu bei, dass das Vertrauen in die Europäische Union wächst. Das sollte aber eigentlich im gemeinsamen Interesse aller Bundestagsfraktionen liegen. Hier wünschen wir uns von Ihnen mehr Engagement und mehr Drive.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Bettina Kudla für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind aber jetzt Vorschusslorbeeren!)

Bettina Kudla (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um was geht es heute in der Debatte? Es geht um einen Betrag von über 1 000 Milliarden Euro. Diesen Betrag will die EU in den Jahren 2014 bis 2020 ausgeben. Die Regierungsfaktionen haben dazu für

- heute einen Antrag vorgelegt, übrigens, Herr Roth, einen Antrag mit ganz konkreten Punkten. Wir haben in unserem Antrag nicht bloß, wie die SPD, Überschriften gesetzt wie „Einnahmeseite“ und „Ausgabenseite“; wir haben unseren Antrag ganz exakt inhaltlich gefüllt und dargestellt, wie wir uns die Zukunft des Mehrjährigen Finanzrahmens vorstellen; denn der Finanzrahmen setzt die Schwerpunkte der Ausgaben für immerhin sieben Jahre fest. Das ist ganz entscheidend für die nachhaltige Entwicklung innerhalb der Europäischen Union. (C)

Sie haben erwähnt: Die Kommission hat die Vorschläge vorgelegt. – Aber die Vorschläge finden teilweise nicht unsere Zustimmung. Man muss hier die Realität sehen und berücksichtigen, vor welchem Hintergrund die Vorschläge gemacht werden.

Das Budget wird vor dem Hintergrund der größten Staatsschuldenkrise weltweit und in Europa aufgestellt. Deswegen ist es selbstverständlich, dass wir Ausgaben deckeln müssen und dass wir nicht einfach mehr ausgeben können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gleichwohl müssen auch neue Aufgaben finanziell untersetzt werden; das ist selbstverständlich. Deswegen müssen vernünftige Umschichtungen innerhalb des Etats vorgenommen werden.

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber vernünftig wenigstens! Das wäre ja schon mal was!)

- Diese Umschichtungen haben auch ihre Logik im Hinblick auf die Fortentwicklung der Europäischen Union und im Hinblick auf die Integration der Mitgliedstaaten. (D)

Herr Roth, es hat mich gefreut, dass Sie das Thema Transparenz angesprochen haben. Auch das findet sich in unserem Antrag. Wir fordern mehr Nachweise über den Einsatz der Mittel. Hier ist die Informationspolitik der EU noch etwas unbefriedigend. Das muss sich verbessern.

Zu den Instrumenten der EU ist zu sagen: Viele Instrumente haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten bewährt. Es besteht keine Veranlassung, bewährte Instrumente um der Reform willen abzuschaffen.

Ich möchte auf einige Schwerpunkte der Ausgabebereiche eingehen:

Die Agrarpolitik ist im Hinblick auf den Anstieg der Weltbevölkerung und den erhöhten Nahrungsmittelbedarf selbstverständlich der größte Ausgabenposten. Hier setzen wir uns für eine starke erste Säule und eine finanziell ausreichend untersetzte zweite Säule ein.

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also bleibt alles so, wie es ist!)

Wir lehnen Vorschläge ab, die eine Deckelung für Großbetriebe vorsehen.

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also bleibt alles, wie es ist!)

Bettina Kudla

- (A) Wir wollen nicht mehr Bürokratie durch irgendwelche komplizierten Konstruktionen,

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Dafür haben wir ja den Stoiber!)

bei denen man entsprechende Lohnsummen abziehen muss, damit man eine Förderung bekommt. Das lehnen wir ab.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Ich wundere mich, dass Sie so ehrlich sind! Denn eigentlich wollen Sie nichts ändern!)

– Wir wollen sehr viel ändern. – Das haben Sie zum Beispiel gar nicht erwähnt: Wir wollen Übergänge maßvoll gestalten. Die Gestaltung der Übergänge ist deswegen so wichtig, damit durch die EU-Mittel eine wirklich nachhaltige Entwicklung eintritt. Es kann nicht sein, dass sich Förderregionen, die in den letzten Jahren gerade über die Schwelle von 75 Prozent des durchschnittlichen BIP gerutscht sind, durch einen abrupten Abbruch der Förderung rückwärts entwickeln und dann unter dieser Grenze liegen. In dem Fall würden Fördermittel nicht sinnvoll eingesetzt, und den Kommunen würden plötzlich erhebliche Mittel fehlen. Deshalb treten wir für ein Sicherheitsnetz von zwei Dritteln der Förderung ein. Das ist besonders für die neuen Bundesländer wichtig, muss aber unter der Maßgabe erfolgen, dass die Ausreichung der Mittel degressiv gestaltet wird.

Neue Förderregionen lehnen wir ab. Das würde Förderung nach dem Gießkannenprinzip bedeuten und hat zu wenig Mehrwert.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Angesichts des hohen Betrags der nicht ausgeschöpften Mittel innerhalb des EU-Budgets wollen wir mehr Anreize dafür schaffen, dass die Mittel planmäßig und zügig abgerufen werden. Hier erwarten wir von der Kommission Vorschläge, wie in Zukunft verfahren werden soll. Gleichzeitig erwarten wir Vorschläge, wie mit der sogenannten Bugwelle dieser Mittel umgegangen werden soll.

Wir möchten, dass die Zukunftsbereiche innerhalb des MFR gestärkt werden. Das muss bedeuten: Vorfahrt für Investitionen vor konsumtiven Ausgaben. Wir wollen die Forschungsprogramme stärken. Wir wollen insbesondere die Infrastruktur verbessern. Hier werden im Bereich der Verkehrsnetze, der Telekommunikation und der Energienetze in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen erforderlich sein. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, Modelle zu finden, bei denen privates Kapital für öffentliche Investitionen mobilisiert werden kann. Das führt teilweise zu einem doppelten Mehrwert: Investitionen werden schneller durchgeführt, und der private Investor hat dann unter Umständen ein besonderes Interesse an der entsprechenden Region. Das bedeutet, zusätzliche private Investitionen werden in die Region gezogen.

Aber wir sind auch für Transparenz. Wir wollen, dass diese Projekte im Haushalt entsprechend abgebildet werden.

Um all diesen Ausgabenerfordernissen gerecht zu werden, brauchen wir ein vernünftiges, stabiles und planbares Einnahmesystem. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass sich das bisherige Einnahmesystem, das an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten ausgerichtet ist, bewährt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sprechen uns nicht für ein eigenes Steuererhebungsrecht der EU aus, und zwar aus mehreren Gründen. Die Akzeptanz der Europäischen Union wird nicht besser, wenn wir die Bürger mit neuen Steuern belasten.

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich! Die Sichtbarkeit Europas wird besser!)

Um mehr Akzeptanz zu erreichen, müssen wir Europa besser vermitteln, und wir müssen die Bürger mitnehmen. Zusätzliche Belastungen sind da keine Lösung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein eigenes Einnahmerecht der Europäischen Union würde auch das Risiko beinhalten, dass die EU eigene Schulden aufnimmt. Es wird ja viel über Fehler bei der Konstruktion der EU diskutiert. Aber es wurde auch sehr viel richtig gemacht. Richtig war zum Beispiel, dass die EU keine eigenen Schulden aufnehmen darf. Dieses Risiko würde aber bei einem eigenen Steuererhebungsrecht entstehen.

- (Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum das denn?) (D)

Wir treten ferner dafür ein – Herr Spatz hat es bereits erwähnt –, dass die Finanztransaktionsteuer in den nationalen Haushalten vereinnahmt wird. Schließlich haben die nationalen Haushalte auch enorme Summen für Konjunkturpakete ausgegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir setzen uns ferner dafür ein, dass man einen vernünftigen Korrekturmechanismus, ein vernünftiges Rabattsystem installiert. Unsere Nettozahlerposition darf sich nicht verschlechtern. Ich wundere mich schon, wie leichtfertig die SPD in ihrem Antrag Positionen, die im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger sind, einfach aufgibt.

Zusammenfassend darf ich sagen: Mit dem Antrag fordern die CDU/CSU und die FDP die Bundesregierung auf, klare Eckpunkte in die Verhandlungen um den MFR einzubringen.

Ich möchte schließen mit einem Dank an den Außenminister, an den zuständigen Staatssekretär Dr. Hoyer und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auswärtigen Amt sowie im BMF, da ich weiß, dass hier intensiv am MFR gearbeitet wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (A) **Dr. h. c. Wolfgang Thierse** (SPD):
Das Wort hat nun Diether Dehm für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das eigentliche Problem ist doch: Deutscher Markt-Extremismus –

(Zuruf von der CDU/CSU: Marx-Extremismus? – Heiterkeit)

– Das fänden Sie schön: „Marx-Extremismus“. Nein! Deutscher Markt-Extremismus

(Zurufe von der CDU/CSU: Ah!)

prägt auch den Mehrjährigen Finanzrahmen. Herr Kauder triumphierte unlängst: In Europa spricht man jetzt wieder Deutsch. – Hat der Mann Fingerspitzengefühl?

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Meinte er Hochdeutsch?, ist die Frage!)

Am deutschen Lohndumpingwesen soll wohl Europa genesen. Aber auf den Straßen skandieren die Menschen Griechisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und – wie heute beim Generalstreik in Portugal – Portugiesisch. Und das ist auch gut so.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Die Unterordnung demokratischer Souveränität und Sozialstaatlichkeit unter die Rettungsprogramme für Großspekulant und Finanzhaie durchzieht den Koalitionsantrag. Die Deckelung der Ausgaben auf 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens wird als Ausdruck der Stabilität gepriesen. Was die Deckelung aber tatsächlich bedeutet, kann man bereits bei der Einigung auf den EU-Haushalt 2012 sehen. Dieser wird um 1,86 Prozent wachsen. Bei einer allgemein prognostizierten Inflationsrate von 2 Prozent haben wir es also de facto mit einer Schrumpfung zu tun – und das, obwohl Griechenland, Spanien, Italien nichts so dringend brauchen wie frisches Geld in der Realwirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die geforderte Integration der bestehenden Schattenhaushalte bedeutet, dass an anderen Stellen gekürzt werden muss. Konkret reden wir hier von einem Volumen von 58 Milliarden Euro. Die wichtige Frage ist dann: Wo soll gekürzt werden?

Berechnungen aus Bundesministerien besagen, dass bei der Integration der außerhalb des Agrarbudgets stehenden Finanzierungselemente die tatsächlichen Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik bis 2020 nicht auf ein Drittel des gesamten EU-Budgets sinken, im Gegenteil: Sie werden noch um 10 Prozent über den bisherigen Ausgaben liegen. Aber das kommt eben nicht regionalen Kreisläufen zugute, sondern Großagrariern.

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! Da hat er recht!)

Die finanzielle Ausstattung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, GASP, verbinden Sie ausdrücklich mit dem Anspruch auf eine bessere militärische Handlungsfähigkeit. Also, hier soll nicht gespart werden. Sie wollen die Militarisierung der EU,

(Lachen bei der FDP)

wir Linken wollen mehr Geld für friedliche Konfliktlösung.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann soll zugunsten des Forschungsatomreaktors ITER bei anderen Forschungsprojekten gespart werden, obwohl ITER frühestens 2050 Strom produziert – wenn überhaupt. Obwohl auch ITER radioaktiven Müll bringt. Toller Atomausstieg!

Sollten wir nicht statt ITER noch konsequenter erneuerbare Energien fördern?

Generell steht bei europäischen Forschungsprojekten als Vergabekriterium im Bereich Forschung ausdrücklich die Marktrelevanz im Vordergrund. Wann begreifen Sie endlich, dass Marktrelevanz und gesellschaftlicher Nutzen zwei völlig getrennte Dinge sind?

(Beifall bei der LINKEN)

Unter Punkt 17 Ihres Antrags propagieren Sie öffentlich-private Partnerschaftsmodelle für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Haben Sie noch nie etwas von einer Stadt namens Berlin gehört? Deren Wasserpreise sind jetzt vom Bundeskartellamt ins Visier genommen worden.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, ich weiß, wer da lange registriert hat!)

Auch Teilprivatisierung ist ein Brandbeschleuniger für Preise.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Zum Sparen bleibt dann also nur noch die Kohäsionspolitik,

(Joachim Spatz [FDP]: Berlin, wer war denn das?)

der EU-Haushaltsbereich, der auf die Lebenswirklichkeit und die Realinvestitionen in wirtschaftlich darniederliegenden Regionen die unmittelbarsten Auswirkungen hat. Indem Kohäsionspolitik nun aber konditioniert wird und in relevanten Teilen auf revolvingierende Fonds – also Fonds, deren Ressourcen aus damit finanzierten Projekten aufgefüllt werden – umgestellt werden soll, wird erneut offenkundig, dass das Soziale bei Ihnen auf entwürdigendste Weise dem Wettbewerb untergepflügt wird.

Konkret sagt die EU-Kommission über den Europäischen Sozialfonds – ich zitiere –: Er ist

das Hauptfinanzinstrument der Europäischen Union für die Investition in Menschen. Er verbessert die Beschäftigungsmöglichkeiten europäischer Bürger,

Dr. Diether Dehm

- (A) fördert eine bessere Bildung und verbessert die Lage der am stärksten armutsgefährdeten Menschen.

Wer aber Armutsbekämpfung rentabel und selbstfinanzierend machen will, der handelt menschenverachtend.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer dabei die superreichen Reeder in Griechenland und die Ackermänner in Deutschland steuerlich schont, zerstört den Euro und die europäische Integration. Ihr Dogma vom hemmungslosen Wettbewerb ist und bleibt antieuropäisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Viola von Cramon-Taubadel von Bündnis 90/Die Grünen.

Viola von Cramon-Taubadel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Link hat bereits gestern in den Haushaltsberatungen nach dem „Wunschkonzert der Grünen“ gefragt. Kollege Spatz hat heute noch einmal darauf hingewiesen, dass Sie sich sehr darauf freuen. Da die Vorfreude die schönste Freude ist, müssen Sie sich leider noch etwas gedulden. Es gibt einen grünen Antrag, aber noch nicht heute.

(Joachim Spatz [FDP]: Wow! Nicht vor 2013!)

- (B) Nun zur Sache: Europa und Finanzen – das ist im Moment kein leichtes Thema. Damit lässt sich weder in Berlin noch in anderen Hauptstädten derzeit ein Blumentopf gewinnen. Und dabei ist – angesichts der immensen Herausforderungen, die vor uns liegen – ein klug aufgestellter EU-Haushalt mit ausreichend Manövriermasse besonders wichtig, um diese Krise zu bewältigen und um langfristig eine stabile EU-Politik zu gewährleisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich zum ersten Punkt: der Einnahmeseite. Wer die EU zukunftssicher aufstellen will, wer grüne Arbeitsplätze schaffen will, wer die EU weiterhin als Global Player sehen möchte und vor allem wer mit dem europäischen Mehrwert arbeiten möchte, sollte nicht unter der Höhe des aktuellen Finanzrahmens – nämlich 1,12 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU – bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn während früher noch – das ist noch gar nicht so lange her – die Töpfe der EU vor allem durch Zölle und Agrarabschöpfungen gefüllt wurden, existieren diese Quellen nicht mehr. Was früher einmal – wie die besagten 1,12 Prozent des BNE – als residual, also als ergänzende Finanzierung, gedacht war, macht mittlerweile fast das vollständige Fundament des EU-Haushalts aus.

(Thomas Silberhorn [CDU/CSU]: Sicherlich gibt es noch Zölle! Was glauben Sie eigentlich!)

Wenn wir dieses Fundament noch beschneiden, ist die EU nicht mehr handlungsfähig. Das wollen wir nicht. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Außerdem darf man nicht vergessen – was auch Sie und die Bundesregierung ebenso wie viele andere Mitgliedstaaten nicht sagen –, dass Kosten auf den EU-Haushalt abgewälzt wurden. Das Europäische Parlament, dessen Kosten früher aus dem Haushalt der nationalen Parlamente bestritten wurden, wird jetzt vollständig über den EU-Haushalt finanziert,

(Joachim Spatz [FDP]: Das wird ein Betrag sein!)

und dadurch haben wir dort netto höhere Kosten. Das ist einfach so. Der EU-Haushalt wurde in dem Zeitraum aber nicht erhöht.

Es gibt sicherlich Möglichkeiten, die Synergien, also den europäischen Mehrwert, zu nutzen. Darüber haben wir häufig gesprochen. Obwohl es eine EU-Delegation gibt, obwohl es einen Europäischen Auswärtigen Dienst gibt, gibt es nach wie vor in jedem Land 27 Botschaften, 27 nationale Vertretungen. Das ist auf Dauer nicht zu halten. Hier müssen wir mit unserem Auswärtigen Amt umdenken. Wir müssen uns bewegen und sagen: An dieser Stelle können wir Kräfte bündeln, an jener Stelle können wir sparen; hier wollen wir zusammenfassen.

Das Gleiche gilt für die EU-Finanzaufsicht. Wir haben zurzeit drei Behörden. Die können zusammenarbeiten, die können kooperieren. Wir können diese Kräfte bündeln, indem wir von der nationalen Ebene Kräfte zurückziehen und das auf die EU-Ebene übertragen. Dadurch können wir an dieser Stelle sicherlich Kosten sparen; das liegt in unser aller Interesse. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Joachim Spatz [FDP]: Effizienzsteigerungen haben wir drin!)

Der zweite Punkt – wir haben das häufig angesprochen –: das ungerechte und vollkommen undurchsichtige Rabattsystem. Es ist kein Geheimnis, dass auch Deutschland in großem Maße davon profitiert. Niemand versteht es. Daher ist unsere Forderung: Setzen Sie sich endlich für einen transparenten und fairen Haushalt ein, den nicht nur wir Politikerinnen und Politiker, sondern auch jede Bürgerin und jeder Bürger in der Europäischen Union irgendwann einmal nachvollziehen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der dritte Punkt, der immer wieder unter den Tisch fällt: die Frage der Nettozahlerposition in der EU. Wir haben gelernt, dass man damit an Stammtischen sehr gut Politik machen kann. Fakt ist allerdings, dass sich die Nettozahlerposition in den letzten 10 bis 15 Jahren deutlich zugunsten Deutschlands verändert hat: Während wir 1994 noch knapp 11,3 Milliarden Euro netto eingezahlt haben, zahlen wir jetzt nur noch gut 8 Milliarden Euro ein. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Das wird aber nicht erwähnt, weil es schicker und angenehmer ist, mit

Viola von Cramon-Taubadel

- (A) der Nettozahlerposition zu kokettieren und zu sagen, dass wir in Europa die größte Leistung erbringen. Das ist allerdings nicht mehr so.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sehr wahr!)

Der vierte Punkt. Ich glaube, Frau Kudla hat da noch nicht so ganz verstanden, worum es eigentlich geht. Natürlich benötigen wir eine finanzielle Autonomie der EU; natürlich benötigen wir eigene EU-Steuern. Die Logik, dass eigene EU-Steuern gleich zu mehr Schulden oder überhaupt zu Schulden im Haushalt führen sollen, hat sich mir aber nicht erschlossen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Thomas Silberhorn [CDU/CSU]: Sie haben es nicht verstanden, Frau Kollegin!)

Wir wollen selbstverständlich eine Finanzmarkttransaktionssteuer, und wir wollen eine Mindestenergiesteuer. Das schafft mehr Klarheit, das schafft Identität für Europa.

(Joachim Spatz [FDP]: „Das schafft ... Identität“? Steueridentität? – Weiterer Zuruf von der FDP: Abkassieridentität!)

Damit können wir wichtige Klima- und Entwicklungsprojekte finanzieren.

Was die Ausgabenseite des EU-Haushalts betrifft: Für uns Grüne ist natürlich klar: Wenn wir umsteuern wollen, dann müssen wir nicht nur mit der deutschen Wirtschaft umsteuern, sondern im großen Stil. Dazu brauchen wir auf EU-Ebene einen Green New Deal.

- (B)

(Joachim Spatz [FDP]: Habe ich das richtig verstanden? Sie wollen eine Wirtschaftssteuer?)

Dieser Umbau zu einem nachhaltigen und integrativen Europa – EU 2020 – muss sich wie ein grüner Faden durch den gesamten Haushalt ziehen: Angefangen von der Agrarpolitik über die Struktur- und Kohäsionspolitik wollen wir reformieren. Geld darf es nur noch für jene geben, die beim umweltpolitischen Umbau mitmachen wollen, nicht für jene, die unsere Lebensgrundlagen, unsere Ressourcen verschwenden oder sogar vernichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Für uns bedeutet das: nicht in alte Wachstumsideale, nicht in Beton investieren. Wir wollen Köpfe und Know-how sowie bildungs- und sozialpolitische Teilhabe fördern. Das ist die Zukunft der EU.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Joachim Spatz [FDP]: Gott sei Dank!)

Viola von Cramon-Taubadel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der innenpolitische Haushalt macht uns große Sorgen. Wir befürchten, dass es hier wieder vorwiegend um Flüchtlingsabwehr und Grenzsicherung geht. Sorgen Sie

- dafür, dass es um den Schutz und die Integration von Flüchtlingen und besonders Schutzbedürftigen geht. Das ist uns ein besonderes Anliegen, damit die Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern am Ende auch umgesetzt werden. (C)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn unsere geneigten Zuhörerinnen und Zuhörer vernennen, was die Vertreter der Opposition heute verkünden, dann wird ihnen, glaube ich, deutlich: Wir können froh sein, dass die Union und die FDP regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das ist eine Minderheitsmeinung! – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das aus deinem Mund! Und tosender Beifall!)

- Sie predigen hier Ausgabenorgien – 1,12 Prozent des Bruttonationaleinkommens –; Sie fordern neue Einnahmequellen der Europäischen Union. Für Euro-Bonds und die Vergemeinschaftung der Schulden sind Sie sowieso. Sagen Sie: Auf welchem Planeten leben Sie eigentlich? Haben Sie noch nicht gemerkt, dass alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union ernsthaft bemüht sind, ihre Haushalte zu konsolidieren und gravierende Strukturreformen zu unternehmen? (D)

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen das nicht! Der Mitgliedstaat Deutschland ist nicht ernsthaft bemüht, den Haushalt zu konsolidieren! Sie konsolidieren den Haushalt nicht! Das haben Sie offenkundig nicht vor! – Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Nettokreditaufnahme ist gerade auf 27 Milliarden gestiegen!)

Die Europäische Union muss selbstverständlich ebenfalls auf diesen Sparkurs getrimmt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Kommission schlägt vor, eine Ausgabenobergrenze von 1,05 Prozent des Bruttonationaleinkommens festzulegen. Sie verschweigt dabei, dass sie weitere 58 Milliarden Euro in Schattenhaushalten vergraben hat. Deshalb ist unsere erste Forderung: Schluss mit solchen Trickereien! Wir fordern Wahrheit und Klarheit im Haushalt.

Thomas Silberhorn

(A) (Beifall des Abg. Michael Stübgen [CDU/CSU])

Alle Ausgaben müssen transparent im EU-Haushalt offengelegt werden. Sagen wir es deshalb deutlich: Der Vorschlag der Kommission sieht Ausgaben von 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens vor; das übersteigt die jetzige Obergrenze von 1 Prozent. Das macht einen Unterschied: 1 083 Milliarden Euro gegenüber 971 Milliarden Euro. Das ist eine Differenz von 112 Milliarden Euro in 7 Jahren. Wenn Sie das durch sieben teilen und einen deutschen Anteil von einem Viertel nehmen, kommen Sie auf eine Differenz, die für Deutschland jedes Jahr etwa 4 Milliarden Euro ausmacht. Wir reden hier nicht über Kleinigkeiten. Deswegen ist es richtig, dass wir als Koalition daran festhalten: Die Ausgabenobergrenze liegt bei 1,0 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Wo wollen Sie denn sparen?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sarrazin?

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Ich würde das gerne im Zusammenhang ausführen. Wenn Sie sich nachher noch einmal melden, dann vielleicht.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

(B) Meine Damen und Herren, der Haushalt der Europäischen Union wird nicht kleiner, wenn wir die Ausgabenobergrenze auf 1,0 Prozent begrenzen. Der Ausgabenzuwachs der Europäischen Union liegt darin begründet, dass das Bruttonationaleinkommen der Bezugsrahmen ist. Wenn es also eine wirtschaftliche Entwicklung gibt, steigt der Haushalt der Europäischen Union nominal. Wir haben einen automatischen Inflationsausgleich im europäischen Haushalt – etwas, was wir im Bundeshaushalt nicht haben und was andere Mitgliedstaaten überhaupt nicht kennen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

Das muss natürlich Berücksichtigung finden, wenn wir über die Ausgabenobergrenze reden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Kommission – das muss nicht überraschen – wird nicht müde, wieder und wieder eigene Einnahmequellen bzw. neue Steuern der Europäischen Union vorzuschlagen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gucken Sie mal in die Miffrifi!)

Auch wir sind für eine Finanztransaktionsteuer – oder sagen wir besser: Finanzaktivitätsteuer.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

(C) Das Steueraufkommen muss aber bei den Mitgliedstaaten liegen. Wir haben eine Mehrwertsteuerquelle. Es ist aber richtig, dass die Beiträge aus der Mehrwertsteuer von den Mitgliedstaaten an die Europäische Union überwiesen werden und diese nicht ein eigenes Steuererhebungsrecht erhält. Es ist doch klar, was passieren wird, wenn man der Europäischen Union ein Steuererhebungsrecht gibt. Auf europäischer Ebene werden sich alle einig sein, dass man mehr Geld einnehmen muss.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Silberhorn, das ist doch unter Ihrem Niveau!)

Niemand wird darüber nachdenken, wie man Ausgaben sparen kann, sondern man wird schlichtweg beschließen, wie man Einnahmen hereinholt. Der Weg von Brüssel in die Hauptstädte ist manchmal schon lang, aber der Weg von Brüssel zum Bürger ist noch viel länger. Deswegen halten wir daran fest: Die Steuererhebungscompetenz muss bei den Mitgliedstaaten liegen. Wir wollen keine Selbstbedienung der Europäischen Union mit eigenen Steuern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollen wir auch nicht!)

Dass der Weg von eigenen Steuern in die Verschuldung nicht weit wäre,

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das zeigt Ihr Haushalt!)

(D) Frau Vorrednerin, ist doch völlig klar. Man hat schon über den Euro-Rettungsschirm die Möglichkeit eröffnet, Schuldscheine zu begeben.

Der große Vorteil der Finanzierung der Europäischen Union besteht darin, dass aufgrund der Beitragsfinanzierung auf europäischer Ebene keine Schulden gemacht werden können. Wenn Sie jetzt auf der Einnahmeseite ein Fass aufmachen, ist man natürlich nicht weit davon entfernt, Kredite aufzunehmen bzw. sich zu verschulden.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schlichtweg Quatsch! – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das ist aber weit unter Ihrem Niveau!)

Das wäre das völlig falsche Signal. Wir sind doch gerade in allen Mitgliedstaaten auf dem Weg, die Haushalte zu konsolidieren und die Schulden abzubauen. Sie aber wollen mit neuen Steuern und Schulden in der Europäischen Union ein neues Fass aufmachen. Das ist ganz sicher nicht der richtige Weg.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit den bayerischen Bauern?)

Der Koalitionsvertrag sieht zwei Punkte vor, die wir erstmals in einen Zusammenhang mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen stellen. Dabei geht es um die Agenturen und vielfältigen sonstigen Verwaltungsstellen der Europäischen Union,

Thomas Silberhorn

- (A) (Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie mal etwas zu den bayerischen Bauern!)

und es handelt sich um die Bediensteten der Europäischen Union.

In diesem Hohen Hause haben wir immer wieder in vielen Ausschüssen gegenüber Vertretern der Kommission und vielen anderen deutlich gemacht: Wir möchten, dass die europäische Verwaltung nicht ausufert, mäandriert und viele neue Satelliteneinrichtungen schafft, sondern wir legen Wert auf eine integrierte Verwaltung. Deswegen muss jede Stelle, die in der Europäischen Union Verwaltungsaufgaben wahrnimmt, einer Erfolgs- bzw. Zielkontrolle unterliegen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: ITER!)

Wir wollen Zielvereinbarungen für jede dieser Agenturen und sonstigen Einrichtungen, und wir wollen, dass vereinbart wird, mit welchen Haushaltsmitteln und welchem Personal welche Ergebnisse erzielt werden. Weiter wollen wir auch, dass alle diese Einrichtungen unter der Aufsicht eines politischen Organs bzw. eines Kommissars stehen und sich nicht verselbständigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen ist es, glaube ich, richtig und ein wichtiges Signal, dass wir diese Verwaltungspraxis der Europäischen Union in einen direkten Zusammenhang mit der Finanzierung derselben stellen. Deswegen finden sich unsere Aussagen zu Agenturen und Verwaltungsstellen in diesem Antrag zum Mehrjährigen Finanzrahmen.

- (B)

Gleiches gilt für die Bediensteten der Europäischen Union. Ich bin weit davon entfernt, Beamten-Bashing zu betreiben. Sie werden von mir keine Äußerung finden, dass ich jemals von Eurokraten gesprochen hätte. Ich glaube, dass wir in der Europäischen Union sehr qualifizierte Beamte und sonstige Bedienstete haben. Wir brauchen sie auch. Sie müssen wettbewerbsfähig sein und attraktiv besoldet werden; das ist gar keine Frage. Aber was sich in den letzten Jahren an Vorzugsbehandlungen angesammelt hat,

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Angesammelt!)

was weit von der Praxis in den Mitgliedstaaten entfernt ist, können wir auf Dauer nicht hinnehmen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch zugestimmt!)

Eine wöchentliche Arbeitszeit von 37,5 Stunden, Überstundenausgleich selbst in Leitungsfunktionen – wo in Europa gibt es denn so etwas? Sonderurlaub wird noch nach Eisenbahnfahrzeiten berechnet

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fürst Bismarck! Der war mal in Ihrer Fraktion! Die Dame Koch-Mehrin ist auch ein schönes Beispiel!)

und bis zu sechs Tagen pauschal erstattet, auch in das Heimatland des Partners. Selbst wenn der Sonderurlaub

überhaupt nicht angetreten wird, werden die Kosten erstattet. Ohne Beamten-Bashing zu betreiben: Diese Auswüchse muss man klar benennen. (C)

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich erwarte das klare Signal, dass es so nicht weitergehen kann. Die Bediensteten der Europäischen Union müssen sich an den Standards, die in den nationalen Verwaltungen gelten, orientieren. Deswegen ist es richtig, dass wir auch diese Forderung in einen Zusammenhang mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen stellen.

Das Gleiche gilt für die jährlichen Gehaltsanpassungen. Die Europäische Union gewährt einen nahezu automatischen Inflationsausgleich. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gehaltsanpassungen die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten realistisch wiedergeben. Auch ein politischer Ermessensspielraum muss zugelassen werden.

Gestatten Sie mir ein letztes Wort zu den Euro-Bonds. Wir werden uns hier mit der Opposition nicht einig werden.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abwarten! Topp, die Wette gilt! – Heinz-Joachim Barchmann [SPD]: Abwarten!)

Wenn Sie mir noch eine Bemerkung gestatten, Frau Präsidentin: Wir hatten als Folge der Währungsunion eine Zinskonvergenz, die Ursache dafür war, dass die Haushaltsdisziplin nachgelassen hat. Jetzt haben wir wieder angemessene Zinssätze in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die dazu führen werden, dass die notwendige Haushaltsdisziplin aufgebracht wird. Wenn Sie Euro-Bonds einführen und die Zinsen vergemeinschaften, dann nehmen Sie jeglichen Anreiz zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin. Das ist das völlig falsche Signal. (D)

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Erfolgreich gespart – Mitgliedsland tot!)

Deswegen sprechen wir uns in unserem Antrag ausdrücklich gegen Euro-Bonds aus.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur weil Sie nicht zustimmen wollen, heißt das nicht, dass Ihre Fraktion nicht zustimmen will!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Michael Link für die FPD-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Schluss dieser Debatte möchte ich noch einmal da-

Michael Link (Heilbronn)

- (A) rauf eingehen, worum es heute eigentlich geht; denn das ist extrem wichtig.

Dass wir in der Haushaltswoche überhaupt über dieses Thema beraten, ist ein Novum. Wir tun dies auch deshalb, weil uns das Bundesverfassungsgericht in letzter Zeit immer wieder daran erinnert hat, dass alle Haushaltsfragen frühzeitig im Parlament behandelt werden müssen.

Dass wir es als Koalitionsfraktionen geschafft haben, wirklich über alle Arbeitsgruppen hinweg – Agrarpolitik, Struktur- und Kohäsionspolitik, Forschung, Verkehr, aber natürlich auch Sicherheit und Verteidigung – einen Antrag vorzulegen, der in seinen Auswirkungen für diese sieben Jahre hochkomplex ist, ist sehr wichtig. Wir sind auf die Ausschussberatungen gespannt.

Wir möchten das natürlich im Laufe der Verhandlungen über den MFR im nächsten Jahr wiederholen; denn je mehr die Verhandlungen über den MFR Fahrt aufnehmen, desto eher muss der Bundestag erneut Stellung beziehen, um der Bundesregierung für die Verhandlungspositionen den Rücken zu stärken. Denn sie muss nicht nur in Brüssel, sondern auch in anderen Hauptstädten innerhalb der Europäischen Union sagen, wofür der Bundestag steht.

Die Stellungnahme des Bundestages spielt weit über das übliche Verfahren hinaus eine wichtige Rolle. Wir bekräftigen darin die klare Absage an EU-Steuern und Euro-Bonds.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das zu bekräftigen, ist gerade in dieser Woche wichtig.

Wieso sind wir so kritisch beim Thema EU-Steuern? Viele gute und wichtige Argumente sind genannt worden. Kollege Silberhorn, Kollegin Kudla und Kollege Spatz, ich möchte eines ergänzen: Das insbesondere auf das Bruttonationaleinkommen gestützte System hat den Vorteil, dass es sichere, völkerrechtlich klare und planbare Mittel für die EU gewährleistet. Keine Steuer kann eine solche Sicherheit in der Planung schaffen.

Das BNE-System ermöglicht eine gerechte Verteilung nach volkswirtschaftlichen Kriterien. Es bewirkt, dass die Stärkeren mehr zahlen und die Schwächeren weniger – das ist, wie ich finde, ein sehr sozialer Aspekt –, und es verhindert das Problem der Nichtberechenbarkeit von Steuereinnahmen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Link, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Sarrazin?

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

Das können wir gerne machen. Darauf habe ich schon gewartet.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das war jetzt sehr überraschend. – Bitte.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Kollege Link, manchmal ist mehr auch besser. Zumindest hoffen wir das hinsichtlich Ihrer Redezeit bzw. Ihrer Rede.

Sie wissen, dass wir eine EU-Steuer nicht fordern, um auf die Steuerbelastungen der Bürger noch eine Extrasteuer draufzusatteln. Sie wissen, dass wir einen Wechsel vornehmen wollen. Wir wollen, dass die Staaten aufgrund dieser Steuer weniger Eigenmittel liefern müssen, sodass die Belastung für den Bürger gleich bleibt. Das haben wir uns nicht einfach so ausgedacht, sondern wir unterstützen diese Position, weil wir sehen, dass die Eigenmittelbasis der Europäischen Union in den letzten Jahrzehnten rapide kleiner wurde, beispielsweise weil die Zolleinnahmen durch den Freihandel wegbrechen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie eine europäische Steuer ablehnen, frage ich Sie: Was schlagen Sie zur Stärkung der Eigenmittelbasis vor?

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zölle!)

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

Die Frage beantworte ich sehr gerne.

Wie Sie wissen, steht in unserem Antrag, dass die Eigenmittel im Wesentlichen aus BNE-Abführungen bestehen sollen. Wir wollen keine Senkung der Beiträge. Damit möchte ich richtigstellen, was gerade gesagt wurde. Wir möchten nicht weniger an die EU zahlen, mitnichten. Im Gegenteil: Wir möchten, dass die Eigenmittel der EU – unter Beibehaltung der Deckelung – im Wesentlichen durch BNE-Abführungen, also aus dem nationalen Steueraufkommen, erbracht werden. (D)

Es ehrt Sie, wenn Sie sagen, dass Sie die Gesamtbelastung nicht erhöhen wollen. Ich möchte aber einmal wissen, wie das funktionieren soll. Wie wollen Sie rechtlich, politisch garantieren, dass, wenn die EU-Kommission zum Beispiel eine EU-Mehrwertsteuer oder eine Finanztransaktionsteuer auf dem Wege der Gemeinschaftsmethode einführt, alle Mitgliedstaaten in ihren Gesetzen automatisch eine entsprechende Senkung verankern? Das ist fernab der Realität.

Sie müssen auch sehen – das ist vielleicht das wichtigste Argument –, dass die jetzige Form der Finanzierung der EU eines garantiert: die Verklammerung der nationalen Ausgaben mit den EU-Ausgaben. Dadurch, dass beides im Prinzip aus dem gleichen Aufkommen finanziert wird, haben die Nationalstaaten den Anreiz, bei der Verabschiedung des EU-Haushalts exakt darauf zu achten, dass es bei EU-Haushalt und nationalem Haushalt nicht zu Doppelungen kommt. Das ist hochgradig effizient. Das würden wir mit Ihrem Vorschlag aus dem Fenster werfen. Das wäre hochgefährlich. Wohin das führt, sehen Sie bei der Entwicklungspolitik. Dort besteht ein Nebeneinander von verschiedenen Töpfen, und das führt zu einem extremen Durcheinander.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Michael Link (Heilbronn)

(A) Nicht das Prinzip „Ich besteuere, also bin ich“ gilt für die EU,

(Heiterkeit bei der FDP)

sondern auch hier gilt: Weniger ist mehr. Deshalb wollen wir, dass mehr Aufgaben sparsamer bewirtschaftet werden. Deshalb sagen wir in unserem Antrag klipp und klar, dass der Agraranteil in Zukunft zurückgehen wird und wir die Mittel für die Struktur- und Kohäsionsfonds – Kollegin Kudla hat das gesagt – abschmelzen werden, unter Berücksichtigung des Vertrauensschutzes degressiv gestaltet, weil diese Fonds, so wie sie angelegt sind, eine Hilfe zur Selbsthilfe darstellen.

Wir sagen deshalb Nein zu Euro-Bonds und Nein zu europäischen Steuern, aber klar Ja zu sicheren Eigenmitteln – wir wollen nicht weniger an die EU zahlen – und vor allem Ja zu einem modernen Budget für die Europäische Union.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/7767 und 17/7808 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

(B)

(C)

(D)

